Sommersemester 2022

Vorlesung Schulrecht

Fälle zu § 2

Fall 1

Das Ordnungsamt der Stadt Potsdam schickt dem B einen Bescheid, in dem er aufgefordert wird, die an der Grenze seines Grundstücks stehenden und auf den angrenzenden Gehweg überhängenden Sträucher und Büsche zu beschneiden.

Fall 2

Gastwirt G wirbt damit, dass man während der Corona-Pandemie in seinem Biergarten die „Geisterspiele“ der Fußballbundesliga auf einer großen Leinwand anschauen könne. Das Ordnungsamt der Stadt Potsdam untersagt dem G diese Werbung.

Fall 3

Da während der Corona-Pandemie die Schüler keinen Unterricht in ihrer Schule bekommen, sondern zu Hause virtuell „beschult“ werden, braucht jeder Schüler einen eigenen Computer. Schüler S, dessen Eltern von Hartz IV leben, besitzt keinen eigenen Computer. Seine Eltern können sich die Anschaffung eines solchen Geräts nicht leisten. S meint, der Staat müsse ihm einen Computer zur Verfügung stellen, da er sonst sein „Recht auf Bildung“ nicht ausüben könne.

Fall 4

Grundstückseigentümer G kippt den in seinem Haus anfallenden Müll über den Zaun auf das Grundstück seines Nachbarn N. Dieser empört sich dagegen und behauptet, G verletze sein „Grundrecht auf Eigentum“.

Fall 5

Arbeitnehmer N will der für ihn zuständigen Gewerkschaft IG Metall beitreten. Als sein Arbeitgeber G davon erfährt, erklärt dieser, wenn N Gewerkschaftsmitglied werde, könne er sich am nächsten Tag „seine Papiere abholen“.

Fall 6

In einer dünnbesiedelten Gegend in Deutschland gibt es in einem Umkreis von 100 km keine Betreuung schwangerer Frauen durch Hebammen. Die im 5. Monat schwangere S sieht durch diesen Zustand ihre eigene Gesundheit und die Gesundheit ihres ungeborenen Kindes gefährdet. Der Staat müsse sich darum kümmern, dass eine ausreichende Schwangerenversorgung gewährleistet ist.

Fall 7

Während der Corona-Pandemie wird die wirtschaftliche Betätigung vieler Bürger und Unternehmen durch staatliche Anordnungen beschränkt. Die MountainClimbing-GmbH, die in Berlin insgesamt vier „Kletter-Hallen“ betreibt, will sich gegen die staatlich angeordnete Schließung dieser Hallen mit einer Verfassungsbeschwerde wehren.

Fall 8

Die in Berlin lebenden Bürger türkischer Staatsangehörigkeit planen eine Großdemonstration vor dem Brandenburger Tor, wo sie für die vollständige verfassungsrechtliche Gleichstellung deutscher Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit werben wollen. Zu diesem Zweck wollen zehn türkische Bürger einen Verein „Türken in Berlin“ gründen. Da die zuständige Behörde sowohl die Demonstration als auch die Vereinsgründung untersagt, will der türkische Staatsangehörige T Verfassungsbeschwerde erheben.

Fall 9

Zehn aus dem Irak, Syrien und Afghanistan geflüchtete Asylbewerber wollen sich darüber beschweren, dass sie nicht frei in der Bundesrepublik herumreisen dürfen und ihr Aufenthalt auf das Gebiet des Bundeslandes Brandenburg beschränkt ist.

Fall 10

H betreibt in Berlin eine Einrichtung, in der unheilbar Kranken, die ihrem Leben selbst ein Ende setzen wollen, „suizidbegleitende Dienstleistungen“ angeboten werden. Die Staatsanwaltschaft klagte den H vor dem Landgericht Berlin wegen „Geschäftsmäßiger Förderung der Selbsttötung“ gemäß § 217 StGB an. Die Richter halten § 217 StGB für verfassungswidrig und wollen H freisprechen.

Fall 11 (Abwandlung von Fall 10)

H wird vom Landgericht Berlin aus § 217 StGB freigesprochen. In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht, dass auf Grund „verfassungskonformer Auslegung des § 217 StGB“ dessen Voraussetzungen im Fall des H nicht erfüllt seien.

Fall 12 (Abwandlung von Fall 10)

H wird vom Landgericht aus § 217 StGB verurteilt. Die Revision des H beim Bundesgerichtshof bleibt erfolglos. H fühlt sich durch die Verurteilung in seinen Grundrechten verletzt.